

Ab 2007 gibt's weniger Geld für Ostbayern

Teil III der PNP-Ostbayernserie: Das Instrument der Wirtschaftsförderung sollte strukturschwache Regionen stärken. Doch jetzt wird überall der Rotstift angesetzt – mit fatalen Folgen für die Region.

Von Tanja Knieler

„Wenn nicht einige Millionen Euro zu unseren Gunsten umgeschichtet werden und wir künftig nicht noch zusätzliches Geld bekommen, schaut es schlecht für den Regierungsbezirk Niederbayern aus“, sagt Günther Keilwerth, Leiter des Bereichs Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr der Regierung von Niederbayern und damit zuständig für die Wirtschaftsförderung. Vor allem ein tatsächliches Fördergefälle zu Tschechien von bis zu 30 Prozent bereitet ihm dann Kopfzerbrechen.

Am 31. Dezember 2006 läuft die bisherige Periode aus, von 2007 bis Ende 2013 dauert dann der neue Förderzeitraum. Die EU-Mittel, die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land und die Mittel des Landes Bayern sollen weiter beschnitten werden. Wie viel weniger in die Wirtschaftsförderung Ostbayerns fließen soll, ist aber noch ungewiss.

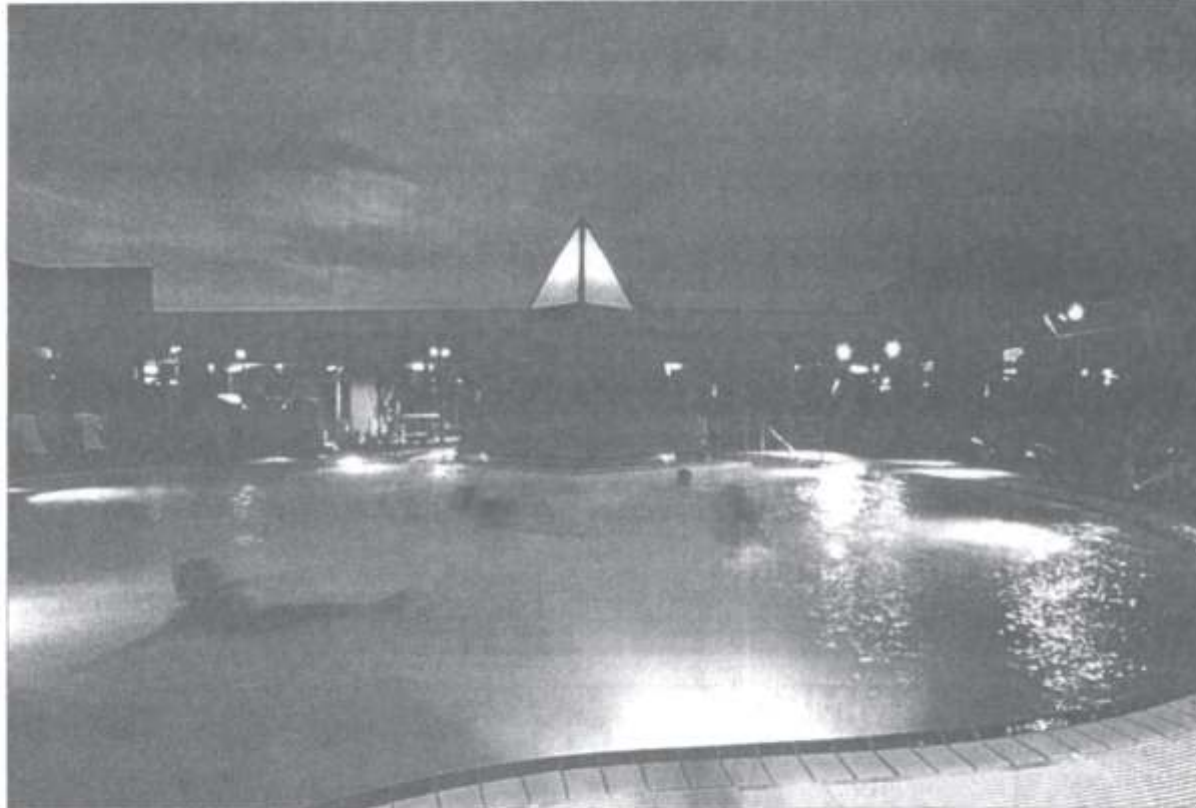
Dabei haben schon bisher die Fördergelder nicht ausgereicht, sagt Günther Keilwerth. Im vergangenen Jahr habe die Regierung ein Zuschussvolumen von 51 Millionen Euro bewilligen können. Das sei aber nur möglich gewesen, weil Niederbayern durch Umschichtungen mehr Geld bekommen habe als geplant. Heuer seien bereits über 80 Millionen Euro an Zuschüssen beantragt. „Wenn wir nicht mehr Geld bekommen, dann müssen wir entweder einzelne Anträge ablehnen oder sie zurückstellen.“

Gerade vor dem Hintergrund einer möglichen Betriebsverlagerung in die EU-Beitrittsländer sei das eine fatale Situation, so Keilwerth. So gehören einige Bereiche Ostbayerns nicht mehr zu den Fördergebieten wie etwa die Stadt und Teile des Landkreises Passau. Kein Ausgleich, aber immerhin: Die Interreg-Mittel sollen in etwa gleich bleiben.

Die drei Töpfe der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung in Bayern speist sich aus drei Töpfen: die Gemeinschaftsaufgabe oder kurz die GA von Bund und Land, die Mittel des Freistaats Bayern und schließlich die Fördermittel der Europäischen Union.

♦ **Gemeinschaftsaufgabe:** Diese Fördermaßnahme teilen sich



Das neue Vitarium, die Saunalandschaft der Rottal Terme in Bad Birnbach, wurde mit Fördermitteln bezuschusst, die bei der Regierung von Niederbayern beantragt worden waren. Weitere Sanierungsmaßnahmen wie die Modernisierung des Erholungsbades stehen noch aus. (Foto: Weber)

Bund und Länder zu je 50 Prozent. Bislang hat die GA bundesweit jährlich 700 Millionen Euro betragen – Geld, das zum größten Teil nach Ostdeutschland geflossen ist. Bayern hat davon bisher 7,5 Millionen Euro für seine strukturschwachen Gebiete bekommen. Ab 2007 soll die GA um 100 Millionen Euro gekürzt werden. Nach PNP-Informationen solle aber Bayern ab 2007 sogar mehr bekommen: 9,6 Millionen Euro. Gefördert werden aber nur die Landkreise bzw. Kommunen, die auch Teil des GA-Fördergebiets sind. In Ostbayern sind das künftig die Landkreise Freyung-Grafenau, Regen, Cham, Schwandorf, Weiden, Tirschenreuth, Neustadt-Waldnaab und Teile des Landkreises Passau.

„Schwache Regionen sollen gestärkt werden“

Dabei werden einerseits die Unternehmen und andererseits die Kommunen bezuschusst – hier ist es vor allem der Tourismus. „In der regionalen Wirtschaftsförderung geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und damit strukturschwache Regionen zu stärken“, sagt Keilwerth. Ein Unternehmer könne sich dann über Fördermittel freuen, wenn er seine Produkte überwiegend außerhalb eines Umkreises von 50 Kilometern verkauft, erklärt Keilwerth. Das sei aber nur eine der Voraussetzungen, die er erfüllen müsse.

Im Rahmen der GA konnten betriebliche Investitionen von Firmen ab 250 Mitarbeitern bisher

mit bis zu 18 Prozent und kleinere und mittlere Betriebe mit bis zu 28 Prozent gefördert werden. Ab 2007 können kleinere Unternehmen im GA-Gebiet mit 35 Prozent, mittlere Unternehmen mit 25 Prozent und Großbetriebe mit 15 Prozent rechnen. Doch auch hier reiche das Geld einfach nicht aus, um diese Fördersätze auch nur annähernd auszuschöpfen, betont Keilwerth.

♦ **EU-Mittel:** Das ist der zweite Fördertopf – und hier vor allem die sog. Ziel-2-Förderung, die in Ostbayern die Grenz-Landkreise bekommen. „Im Unterschied zu den GA-Mitteln erhalten schon jetzt Großbetriebe ab 250 Mitarbeiter keine EU-Mittel“, betont der Abteilungsdirektor. Insgesamt sind in diese Gebiete plus die so genannten „Phasing-Out“-Regionen in den vergangenen sieben Jahren 520 Millionen Euro geflossen. Mit „Phasing Out“ sind die Landkreise Rottal-Inn, Deggendorf und Straubing-Bogen (östlicher Landkreis) gemeint, also die Gebiete, die nicht direkt an der Grenze zu Tschechien liegen. „Doch das ist 2005 ausgelaufen“, sagt Günther Keilwerth.

Insgesamt werden ab 2007 weniger Fördermittel nach Ostbayern fließen: Statt der 520 Millionen der Vergangenheit sollen es laut Keilwerth ab 2007 bis 2013 etwa 475 Millionen Euro sein. Über deren Verteilung könne aber jetzt vor allem der Freistaat Bayern entscheiden. „Für die Kommunen und die Unternehmen sind diese Gelder aber sehr wichtig“, weiß Keilwerth, der sich in den Verhandlungen um die Verteilung der Mittel für Ostbayern einsetzen

will. Dass es aber weniger Geld für Ostbayern geben werde, stehe für ihn fest.

Fördergefälle zwischen Tschechien und Bayern

Erschwert werde dieses Problem durch das Fördergefälle zwischen Deutschland und Tschechien. „Auf dem Papier sollten es 15 Prozent sein. Die Realität aber sieht anders aus“, so Keilwerth. Tschechien als Ziel-1-Gebiet kann kleine Unternehmen mit bis zu 50 Prozent fördern, mittlere Betriebe mit 40 Prozent und große mit bis zu 30 Prozent. „Das sind immer 15 Prozent mehr als in Deutschland“, sagt Keilwerth. Er befürchtet aber, dass die Förderdiskrepanz auf Grund fehlender Gelder bis zu 30 Prozent betragen werde. „Damit hat Tschechien neben den niedrigeren Löhnen sowie den geringeren Sozial- und Umweltstandards auch noch höhere Fördersätze auf seiner Seite.“

Werden noch mehr Betriebe verlagern?

Noch gravierender werden die Unterschiede, wenn man weg von den Grenz-Landkreisen Regen, Cham oder Freyung-Grafenau geht. „Ein Unternehmer erhält in Pocking für Investitionen in seinem kleinen Betrieb künftig bis zu 20 Prozent, in einem mittleren Betrieb bis 10 Prozent.“ Daher sehe er durchaus die Gefahr, dass so noch mehr Betriebe verlagern werden. „Selbst wenn man die Förderung einer Betriebsverlagerung verbietet, stellt sich die

schwierige Frage einer effizienten Kontrolle“, meint Keilwerth.

Neben den Ziel-2-Geldern flossen zusätzlich Interreg-Mittel der EU in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen EU-Ländern. In der Förderperiode 2000 bis 2006 waren das 40 Millionen Euro. „Wir hoffen auf 50 Millionen Euro plus x bis Ende 2006“, sagt Kaspar Sammer, Geschäftsführer der Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn und damit zuständig für die Interreg-Mittel. Aber nach 2007 erwartet auch Sammer eine Kürzung der Mittel. Übrigens: Mit dem neuen Förderzeitraum bekommt das Kind auch einen neuen Namen: Interreg heißt dann Ziel-3.

Weitere EU-Gelder flossen in die Stärkung des ländlichen Raums (Leader) und in die Schaffung neuer Arbeitsplätze (Equal) sowie in andere Aktionsprogramme. An Leader-Mitteln hat die Region zwischen 2000 und 2006, unter Federführung des bayerischen Wirtschaftsministeriums und der Euregio, insgesamt 8,5 Millionen Euro erhalten. Equal machte im vergangenen Jahr 678 900 Euro aus, 13 000 Euro zahlte davon der Freistaat. 2004 waren es 614 500 Euro. „Wie es in der neuen Förderperiode aussieht, ist aber noch vollkommen offen“, betont Sammer.

„60 Millionen Euro vom Freistaat“

♦ **Landesmittel:** Der dritte Fördertopf ist gefüllt mit Geldern des Freistaats Bayern. „Bayern fördert bislang mit 60 Millionen Euro pro

Jahr gewerbliche und kommunale Investitionen im Freistaat“, so Günther Keilwerth. So seien etwa die Hallenbad-Sanierung in Zwiessel, der Gläserne Wald in Regen oder die Gewerbegebieterschließung in Eging am See gefördert worden. Zusätzlich müsse jede Förderung aus Brüssel mit 50 Prozent Landesmitteln kofinanziert werden.

Außerdem hat das bayerische Kabinett bei seiner Sitzung in Freyung 2004 beschlossen, die Regenthalbahn zu verkaufen und den Erlös den Grenz-Landkreisen zukommen zu lassen: 20 Millionen gehen nach Oberfranken, die restlichen 40 Millionen an Ostbayern, wovon 20 Millionen Euro derzeit ausbezahlt werden. Die restlichen 20 Millionen Euro sollen in den Jahren 2005 bis 2010 ausgeschüttet werden. „Mit diesen Geldern werden betriebliche Investitionen gefördert, die möglichst viele Arbeitsplätze schaffen“, so Keilwerth.

„58 000 Arbeitsplätze gesichert“

Aus diesen drei Fördertöpfen speist sich also die Wirtschaftsförderung. Die Regierung von Niederbayern hat von 1996 bis 2005 im gewerblichen Bereich (Industrie, Handel, Handwerk und Tourismus) 1277 Förderanträge erhalten. Das Investitionsvolumen betrug über 2,6 Milliarden Euro, die mit 308 Millionen Euro bezuschusst wurden. Zusätzlich wurden zinsgünstige Darlehen in Höhe von 46 Millionen Euro gewährt. Die Kommunen sind im gleichen Zeitraum für Investitionen im Wert von 107 Millionen Euro mit Zuschüssen in Höhe von 48 Millionen Euro und Darlehen in Höhe von zwei Millionen Euro gefördert worden. „Damit sind 58 000 Arbeitsplätze gesichert und 8600 in Niederbayern neu geschaffen worden“, sagt Günther Keilwerth.

Das ist mit dem Geld passiert

Bezuschusst wurden im kommunalen Bereich touristische Maßnahmen wie etwa die Sanierung des Kurmittelhauses in Bad Birnbach, die Kurhäuser in Bad Füssing und Bad Griesbach. Jetzt stünden u.a. die Sanierung der Hallenbäder in Bodenmais und in Waldkirchen an. Damit habe man bereits viele Projekte verwirklichen können, sagt Keilwerth. Doch ob diese Förderung so gut bleibe wie 2005, sei ungewiss. Umso größer sei diese Ungewissheit, da der Freistaat in Zukunft über die Verteilung der Fördergelder entscheide. Die Angst in der Region ist daher groß, dass nun nur noch die Ballungszentren wie München oder Nürnberg die Fördergelder bekommen. Auch Keilwerth sieht diese Gefahr und bittet daher: „Diese Gelder müssen auch künftig dort eingesetzt werden, wo die Winterarbeitslosigkeit am höchsten ist – also gerade im Bayerischen Wald.“ Hier sei der Freistaat noch stärker gefragt als bisher.